



## SITZUNGSVORLAGE

<b>Thema:</b>	<b>Bundesprogramm "Demokratie leben!" Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit</b>
---------------	---

Frühere Beratungen:	keine
---------------------	-------

Anlagen:	keine
----------	-------

Sachvortrag :	Herr Bayraktar	Zeitdauer (ca.):	15 Min.
---------------	----------------	------------------	---------

<b>Beschlussvorschlag:</b>	<b>Der Jugendhilfeausschuss sowie der Ausschuss für Soziales und Gesundheit beauftragen die Verwaltung, das Programm „Demokratie leben!“ wie vorgestellt umzusetzen und den Begleitausschuss einzurichten.</b>
----------------------------	--

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Jugendhilfeausschuss	Beschluss	04.07.2017	öffentlich
Ausschuss für Soziales und Gesundheit	Beschluss	04.07.2017	öffentlich

**Finanzielle Auswirkungen (mit der Kämmerei abzustimmen!):**  ja  nein

**Aufwendungen/Auszahlungen**

<b>Ergebniswirksam:</b> <input checked="" type="checkbox"/>			<b>Investiv:</b> <input type="checkbox"/>		
Einmaliger Aufwand	_____	Euro	Einmalige Auszahlung	_____	Euro
Jährlicher Aufwand	_____	Euro	Jährliche Auszahlungen	_____	Euro
Gesamtbetrag	_____		Gesamtbetrag	_____	
Aufwand 1. Jahr	65.288,00	Euro	Auszahlung 1. Jahr	_____	Euro
Aufwand 2. Jahr	91.000,00	Euro	Auszahlung 2. Jahr	_____	Euro
Aufwand 3. Jahr	100.000,00	Euro	Auszahlung 3. Jahr	_____	Euro
Aufwand 4. Jahr	_____	Euro	Auszahlung 4. Jahr	_____	Euro
			Jährliche Abschreibung	_____	Euro

**Erträge/Einzahlungen**

<b>Ergebniswirksam:</b> <input checked="" type="checkbox"/>			<b>Investiv:</b> <input type="checkbox"/>		
Einmaliger Ertrag	_____	Euro	Einmalige Einzahlungen	_____	Euro
Jährliche Erträge	_____	Euro	Jährliche Einzahlungen	_____	Euro
Gesamtbetrag	_____		Gesamtbetrag	_____	
Ertrag 1. Jahr	65.288,00	Euro	Einzahlung 1. Jahr	_____	Euro
Ertrag 2. Jahr	86.000,00	Euro	Einzahlung 2. Jahr	_____	Euro
Ertrag 3. Jahr	95.000,00	Euro	Einzahlung 3. Jahr	_____	Euro
Ertrag 4. Jahr	_____	Euro	Einzahlung 4. Jahr	_____	Euro
			Jährliche Auflösung	_____	Euro

**Mittelbereitstellung im Haushalt:**

**Ergebnishaushalt:**  **Investitionshaushalt:**

Produkt: 318010 Investitions-Nr. \_\_\_\_\_

Kostenstelle: 4599010 \_\_\_\_\_

Sachkonto: versch. \_\_\_\_\_

Zur Verfügung stehende Mittel: 103.100,00 Euro

**ggf. noch bereit zu stellen:** \_\_\_\_\_ Euro

**Deckungsvorschlag:**

**Ergebnishaushalt:**  **Investitionshaushalt:**

Produkt: \_\_\_\_\_ Investitions-Nr. \_\_\_\_\_

Kostenstelle: \_\_\_\_\_

Sachkonto: \_\_\_\_\_

**Medien:**  PowerPoint  pdf-Datei  CD/DVD  Stick

Sofern Präsentationen erforderlich werden, teilen Sie dies der Geschäftsstelle Kreistag bitte spätestens einen Arbeitstag vor der jeweiligen Sitzung mit.

**Elektronisch mitgezeichnet von:**

<input checked="" type="checkbox"/> Landrat	<input type="checkbox"/> Dezernat 1	<input type="checkbox"/> Dezernat 2
<input checked="" type="checkbox"/> Dezernat 3	<input checked="" type="checkbox"/> Dezernat 4	<input checked="" type="checkbox"/> Amt für Migration und Integration

## 1. Ausgangslage:

Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus und Antisemitismus sind eine dauerhafte Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Die jüngsten Migrationsbewegungen und eine kulturell diversifizierte Gesellschaft bieten Anknüpfungspunkte zur vermeintlichen Rechtfertigung von Gewalt und menschenverachtende Ideologien. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit verfolgt das Ziel, präventiv solchen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Der Bodenseekreis hat bereits im Mai 2015 durch die Verabschiedung der Integrationspolitischen Grundsätze (IPG) deutlich Stellung bezogen und möchte aktiv sowie präventiv gegen diskriminierende und extremistische Entwicklungen wirken. Dies zeigt sich insbesondere in folgenden Grundsätzen: Integration setzt ein Zusammenleben auf der Grundlage des Grundgesetzes und Anerkennung gemeinsamer freiheitlich-demokratischer Normen und Regeln voraus. Darüber hinaus pflegt der Landkreis eine offene Willkommenskultur und wendet sich gegen jede Art von nationaler, ethnischer, kultureller und religiöser Diskriminierung.

Auf Basis dieser Grundsätze wurde die Arbeitsgruppe Antidiskriminierung und Extremismusprävention des Migrationsforums gegründet, mit derzeit über 20 Teilnehmenden. Diese Arbeitsgruppe ist besetzt mit Behörden, Bildungsträgern und (migrantischen) zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Arbeitsgruppe hat bereits in ihrer partizipativen Arbeitsweise folgende Themenschwerpunkte benannt:

- Demokratiestärkung und politische Bildung
- Antidiskriminierung und interkulturelle Kompetenz/Öffnung
- Abbau von Vorurteilen

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit trägt zur weiteren Stärkung des Handlungsfeldes im Bodenseekreis bei.

## 2. Sachverhalt:

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit gliedert sich in mehrere Teilbereiche. Der Bodenseekreis wurde in den Teilbereich „Partnerschaften für Demokratie“ für den Förderzeitraum 2017 - 2019 aufgenommen. Im Rahmen der lokalen Partnerschaften für Demokratie werden Mittel zur Verfügung gestellt, um regionale Strukturen und Bündnisse aufzubauen.

Zum Aufbau der regionalen Bündnisse werden verschiedene Instrumente zur Verfügung gestellt.

Die sogenannten **Initiativ- und Aktionsfonds** stellen Mittel zur Verfügung, um konkrete Einzelmaßnahmen finanzieren zu können.

Über diese Einzelmaßnahmen soll ein **Begleitausschuss** entscheiden, der mit Mitgliedern aus Verwaltung, anderer staatlichen Institutionen und regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt ist. Der Begleitausschuss fungiert als strategisch handelndes, zentrales Gremium bei der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“.

Zur fachlichen Koordinierung und als Ansprechpartner der Maßnahmen richtet der Bodenseekreis eine **Koordinierungs- und Fachstelle** ein und siedelt diese – wie im Programm vorgesehen – bei einem freien Träger an. Diese Stelle wird aus Mitteln des Bundesprogrammes finanziert. Das Amt für Migration und Integration geht hierbei eine Kooperation mit dem Alevitischen Bildungswerk "Sah Ibrahim Veli" e.V. ein.

Weitere Mittel werden dem Landratsamt zur Förderung von Partizipation, Vernetzung, Coaching und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt. So sollen beispielsweise zwei Mal im Jahr **Demokratiekonferenzen** stattfinden, um die Vernetzung auszubauen und die beteiligten Akteure aktiv einzubinden.

Des Weiteren werden **Jugendforen** eingerichtet, um die Beteiligung von jungen Menschen zu stärken. Die Foren sollen von den Jugendlichen selbst organisiert und geleitet werden. Auch in diesem Bereich werden finanzielle Mittel bereitgestellt und Budgetverantwortung an die Jugendlichen weitergegeben. Im Rahmen des Förderprogrammes möchte das Amt für Migration und Integration sein Netzwerk weiter ausbauen und ein flächendeckendes Angebot aufbauen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Einbindung von Schulen und Bildungsträger gelegt werden. Darüber hinaus möchten wir Jugendorganisationen als Netzwerkpartner gewinnen, um junge Menschen für das Thema zu aktivieren.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit verfolgt sehr ähnliche Ziele wie die Arbeitsgruppe des Migrationsforums und lässt sich zielbringend in den bisherigen Strukturaufbau und die Programmentwicklung des Amtes für Migration und Integration eingliedern.

### 3. Finanzielle Auswirkungen:

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sieht für den Gesamtförderzeitraum folgenden Kosten- und Finanzierungsplan vor (Angaben in EUR):

<b><u>Kosten</u></b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Gesamt</b>
<i>Fach- und Koordinierungsstelle</i>	30.288,00	45.000,00	45.000,00	120.288,00
<i>Aktions-/Initiativfonds</i>	20.000,00	28.000,00	32.000,00	80.000,00
<i>Jugendfonds</i>	5.000,00	8.000,00	13.000,00	26.000,00
<i>Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Coaching</i>	10.000,00	10.000,00	10.000,00	30.000,00
<b>Gesamtkosten</b>	<b>65.288,00</b>	<b>91.000,00</b>	<b>100.000,00</b>	<b>256.288,00</b>
<b><u>Einnahmen</u></b>				
<i>Eigenmittel</i>		5.000,00	5.000,00	10.000,00
<i>Bundesmitten</i>	65.288,00	86.000,00	95.000,00	246.288,00
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>65.288,00</b>	<b>91.000,00</b>	<b>100.000,00</b>	<b>256.288,00</b>
<b><u>Gesamtfinanzierung</u></b>				
<i>Einnahmen des Trägers</i>	65.288,00	91.000,00	100.000,00	256.288,00
<i>Kosten des Trägers</i>	65.288,00	91.000,00	100.000,00	256.288,00
<b>Differenz</b>	-	-	-	-

Darüber hinaus bringt das Landratsamt einen Eigenanteil in Form von Stellenanteilen (50 % VZÄ, E 9b) in das Bundesprogramm ein (vorhandene Stelle im Amt für Migration und Integration).